

# AUFRUF ZUR KUNDGEBUNG

## gegen das Auslaufen der Lehramtsstudiengänge (Staatsexamen), Mittwoch 10.12., 14Uhr

Albertus-Magnus-Platz – vor dem Hauptgebäude der Uni

7000 Kommiliton\*innen (LPO 2003) sind von den Auslaufristen betroffen: Die Kommiliton\*innen des Grund-, Haupt-, Realschullehramtes müssen bis Ende Sommersemester **2016** ihr Studium beendet haben, die Kommiliton\*innen des Gymnasial/Gesamtschul-, Sonderpädagogik- und Berufsschullehramts bis Ende Sommersemester **2017**.

### Sonst drohen Zwangsexmatrikulationen oder zwangsweise „Wechsel“ in den Bachelor.

Auf einer Vollversammlung von Betroffenen und Interessierten (29.10.2014) wurde beschlossen, gegen die Auslaufristen vorzugehen. Wir möchten mit der Kundgebung über den Protest informieren und anschließend mit möglichst vielen Kommiliton\*innen in die **Senatssitzung um 15:15 Uhr** im Neuen Senatsaal (Hauptgebäude der Uni) gehen. Im Senat, dem höchsten uni-internen Gremium, wird diskutiert und entschieden werden, ob die Uni Köln als Gesamte unsere Forderungen nach Abschaffung der Auslaufristen gegenüber dem Land unterstützt. Für eine gute Debatte und einen positiven Beschluss ist die Anwesenheit der Öffentlichkeit von großer Bedeutung.

Die Auslaufristen der Staatsexamenslehramtsstudiengänge müssen abgeschafft werden:

- ☞ weil Bildung und Wissenschaft zur Realisierung „einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt“ (Hochschulgesetz NRW) beitragen sollen. Dafür ist Zeit zum Lesen, Diskutieren und kritischen Reflektieren notwendig.
- ☞ weil die Bildung mündiger Persönlichkeiten und selbstbestimmtes, kooperatives Lernen durch Hetze und Konformitätsdruck behindert wird.
- ☞ weil Pädagogikstudierende die Möglichkeit haben müssen, sich umfassend und kritisch zu bilden, um Freude am Lernen, am Verstehen und Gestalten der Welt zu fördern, statt stupides Abarbeiten von vorgegebenen Anforderungen.
- ☞ weil die Fristen die Zeit für hochschulpolitisches und weiteres soziales Engagement, für den Besuch von Seminaren aus Interesse ebenso wie für Auslandssemester massiv einschränken.
- ☞ weil Schulen auf Lehrer\*innen angewiesen sind, die sich Gedanken über deren Ausrichtung machen. Lehramtsstudierende sollten darin befördert werden, bildungsphilosophische Fragen zu stellen und sich selbst nicht bloß als ausführende Kräfte zu sehen, die dem Kultusministerium unterstellt sind. Deswegen sollte das Lehramtsstudium ein karrieredruckfreies, meinungsbildendes, kritikförderndes Studium sein. Student\*innen aufgrund von Fristen durch ihr Studium zu hetzen, erzeugt Lehrer\*innen, die auf ihren Abschluss fixiert sind und nicht auf pädagogische Inhalte.
- ☞ weil die soziale Situation der Studierenden ignoriert wird. Es entsteht eine Benachteiligung von Studierenden, die neben dem Studium arbeiten, Kinder haben oder Angehörige pflegen.

Der Wechsel in den Bachelor ist keine Lösung: Unabhängig davon, wie weit jemand in seinem/ihrer Studium fortgeschritten ist, wird er/sie in einen Bachelor zurückgestuft: Eine Bachelorarbeit muss zusätzlich geschrieben und das Praxissemester absolviert werden. Durch erheblich differierende Studienordnungen werden sehr viele Scheine nicht anerkannt werden können – und zusätzliche Scheine und Prüfungen müssen absolviert werden. Manche Fächerkombinationen des Staatsexamens können im Bachelor nicht mehr studiert werden!

**Wir fordern die Landesregierung und den Landtag auf, die Fristen aufzuheben und damit Zwangsexmatrikulationen zu verhindern.**

**Wir rufen die Universität dazu auf, unsere Forderungen zu unterstützen und gegenüber dem Land zu vertreten. Studierende sind keine Last, sondern eine Bereicherung!**